

Phund-Milch-Seife
aus reiner, bester Kuhmilch
Bald-Kinder-Familienweib
Breslauer Hofapotheke
Gebr. Phund

Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfeilt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Land-
wirthschafts-Geräthe.

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt, Seestr. 1.
Sensationell!
Platt, wollene Damen-
strümpfe,
nicht einlaufend, echt-
schwarz mit Stopfgarn
pro Paar nur 1 Mk. In
Cartons zu Weihnacht-
geschenken in eleganter
Ausstattung
1/2 Dutzend Mk. 7.75

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Julius Schädlich
16 Am See 16.
Kerzen-Kronleuchter,
Petroleum-Lampen.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und
Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1110.

Winter-Lodenjoppen von 8 Mk., Havelocks von 18 Mk., Hohenzollernmäntel von 22 Mk. an,
empfehle mein für den Winter reichhaltigst neu assortirtes Lager. **Jos. Fiechl** aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 349. Spiegel: Kührt Bismarck über die Umsturzvorlage. Dolmetscher, Stadtverordneten-Versammlung, Stadthausball, Vermuthliche Witterung, Tröden, treibe, fälter. **Sonnabend, 15. Dezember.**

Politisches.

Zur brennendsten innerpolitischen Tagesfrage, zur Bekämpfung der Umsturzvorlage, hat nunmehr auch unser Altredaktionsleiter das Wort ergriffen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß der nachstehende Artikel der „Dresdner Nachrichten“ über die Umsturzvorlage von dem Fürsten Bismarck in Paris inspirirt worden ist. Er trägt in Form und Inhalt das Gepräge des Bismarck'schen Geistes: es spricht aus ihm die anschauliche, überzeugende Kraft der Bismarck'schen Gedanken, die klare Folgerichtigkeit und reichhaltige Energie seiner genialen Staatsweisheit, die drei Jahrzehnte hindurch für alle großen Fragen der Politik stets die richtige Lösung gefunden hat. Unablässig hat Fürst Bismarck in den letzten Jahren auf die Notwendigkeit einer Erneuerung und Verfestigung der staatlichen Machtmittel gegen die anarchisirende sozialdemokratische Propaganda hingewiesen und wiederholt hat er seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die wirksame Eindämmung der revolutionären Bewegung nicht auf der Grundlage des gemeinen Rechts, durch eine allgemeine, nicht insbesondere gegen die spezifisch sozialdemokratischen Bestrebungen gerichtete Ermächtigung und Verschärfung des Strafgesetzbuches, sondern nur auf dem Boden eines Ausnahmegesetzes erzielt werden könne, welches die ausgeübte, planmäßige und fortgesetzte Umsturzagitiation gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung unterbindet. Von diesem Grundgedanken, daß Ausnahmefällen gegenüber, wie sie in den revolutionären Bewegungen unserer Tage gegeben sind, nur der Weg der Ausnahme, der Spezial-Gesetzgebung der gegebenen und geeignete sei, geht die in den „Dresdner Nachrichten“ an dem vorliegenden Umsturzgesetz geübte Kritik aus.

„Wir glauben“, wird in dem Bismarck'schen Artikel ausgeführt, daß mit der Vorlage nicht der richtige Bahnstrang gewählt ist, um dem erstrebten Ziele näher zu kommen. Die Umsturzbestrebungen von der Art, welche neuerdings das Bedürfnis ihrer Bekämpfung in den Vordergrund gebracht haben, gehen nicht von der Gesamtheit der Bevölkerung aus, für welche das gemeine Recht bestimmt ist, sondern ausschließlich von der Sozialdemokratie und deren Zuhörer. Die Ueberzeugung, daß diese spezielle Feindschaft gegen unsere heutigen staatlichen und gesellschaftlichen Gebräuche nur gerechtfertigt bekämpft werden dürfe, ist ein Ergebnis politischer Reflexion und entspricht nicht dem praktischen Bedürfnisse. Religion, Monarchie, gesellschaftliche Ordnung, Eigentum haben außerhalb der Sozialdemokratie keine nennenswerten Gegner. Der Gegner, der zu bekämpfen ist, kennzeichnet sich selbst in der schärfsten Weise durch sein Programm und seine Angriffe. Die Sozialdemokratie hat prinzipiell dem Christenthum, der Monarchie, der gesellschaftlichen Ordnung, der Ehe, dem Eigentum den Krieg erklärt, und die Verteidigung gegen diesen Feind wird abgeschwächt, wenn man sich nicht getraut, dem Gegner mit Namen zu nennen und genau zu kennzeichnen. Wenn man, um Angriffe der Sozialdemokratie abzuwehren, sich theoretisch in Vertheidigungszustand gegen die gesamte Bevölkerung setzt, einschließt der durch die Angriffe bedrohten großen Mehrheit der Bevölkerung, so macht das einen unzulässigen Eindruck, als ob man beim Angriffe eines auswärtigen Feindes sich auf die Ermächtigung zur Vertheidigung gegen alle Angriffe beschränken wollte, die mit Feuer- oder Handwaffen im Lande ausgeführt werden könnten. Der Staat will die Monarchie, Religion, gesellschaftliche Ordnung, Ehe und Eigentum vertheidigen. Die Sozialdemokratie erklärt alle diese Einrichtungen mit allen Mitteln, die ihr unsere freie Verfassung gewährt, bekämpfen zu wollen; sie giebt dieser Tendenz neuerdings schärferen Ausdruck als früher und nimmt damit den Handstreich auf, den die Vorlage ihr hingeworfen hat. Die Zingerische Einsicht, das Verhalten der mit der deutschen Sozialdemokratie solidarisirten Belgier, welche sich nicht auf passive Demonstrationen beschränken, sondern das Hoch auf den König mit dem Hoch auf die Revolution offen beantwortet, kennzeichnen mehr als das frühere Verhalten der sozialdemokratischen Partei ihr Verwirklichen, sich im Kriegszustand mit den staatlichen Einrichtungen zu befinden, und wir halten es für eine doktrinaire Schwäche unserer liberalen Parteien vom Fortschritt aufwärts, wenn sie glauben, sozialdemokratische Theorien zu Worte zur namentlichen Verzeichnung und Aussonderung des Gegners nicht berechtigt zu sein. Es ist ein Irrthum der liberalen Parteien, wenn sie glauben, ihrerseits mit der Sozialdemokratie staatlich leben zu können, sie würden einer sozialdemokratischen Herrschaft gegenüber sich doch höchstens der Wohlthat erfreuen, die Polyphem dem Odysseus bewilligte, daß er das letzte der Opfer sein sollte. Die Verfassung in Frankreich bietet heutzutage Alles, was der Liberalismus von ihr verlangen kann und niemand wird doch deshalb annehmen, daß die fortschreitende Bewegung der Sozialdemokratie in Frankreich dadurch zum Stillstand gebracht ist. In Belgien dürfte unter den Rubriken des Liberalismus kaum etwas zu wünschen übrig sein und für diejenigen, welche glauben, daß die katholische Geistlichkeit die prädestinirte Siegerin über die Sozialdemokratie sein werde, hat die Praxis der katholischen Regierung Belgiens bisher keine Beweise geliefert. Wir glauben nicht, daß die Anhänger der Sozialdemokratie dort in dem eigenen katholischen Glauben die nötigen Anknüpfungspunkte finden, an denen die Lehren des Katholicismus behufs ihrer Verletzung hätten können.

Es ist menschlich natürlich und christlich berechtigt, daß Regierungen vor der Aussicht zurückzusehen, ihre Existenzberechtigung schließlich den eigenen Unterthanen gegenüber im materiellen Kampfe darzuthun. Wir wagen nicht zu behaupten, daß diese be-

dauerliche Kombination notwendig eintreten müsse in Ländern, wo die Regierung das richtige Verständnis und die Ausdauer besitzt, welche sie befähigt, dem Kampfe eventuell nicht auszuweichen; aber wir glauben, daß die Gefahren eines solchen Kampfes um so größer werden, je länger die Schlichterheit der Regierungen und der juristische Jovis sie abhält, die Situation allen Beteiligten zur klaren Anschauung zu bringen, und den alleinigen Gegner, welcher die staatlichen Grundbegriffe der Religion, der Monarchie, der Ehe und des Eigentums bedroht, beim Namen zu nennen.

Der Kampf um diese bisherigen Besitzthümer der menschlichen Gesellschaft ist eben keine theoretische, er ist einfach eine Machtfrage, eine Frage, ob es den sozialdemokratischen Führern, Verführern und Nebenrednern, die das Auge vom Himmel verdrehen, ohne ihre Verheißungen je wahr machen zu können, gelingt, eine staatsgefährliche Macht unter ihre Fahnen zu sammeln oder nicht. In dieser Ueberzeugung sind wir der Meinung, daß die neueste Umsturzvorlage zwar ein dankenswerth fortgeschritten im Vergleich mit der früheren parlamentarischen Kampfgemeinschaft zwischen Regierung und Sozialdemokratie kennzeichnet, und daß es belagertenwerth sein würde, wenn durch theoretische Gegnerschaft die Staatsregierung im Reichstage auf dem neu beschrittenen Wege eunüchtern würde. Wir wagen auch nicht zu hoffen, daß sich im Reichstage, sowie er heute zusammengesetzt ist, das Maß von Initiative und Energie finden werde, welches erforderlich sein würde, die bisherige gemeinrechtliche staatliche Vorlage auf eine praktische Richtung gegen die Sozialdemokratie zu concenirieren; wir haben nur in unserer Ansicht über diese im Hinblick auf die Möglichkeiten, welche die Zeit bringen kann, Ausdruck geben wollen.“

Die Behauptung, daß die von dem veränderten Regierungen verlangte Ergänzung und Verschärfung des gemeinen Rechts für eine erfolgreiche Bekämpfung der revolutionären Bestrebungen nicht ausreichen wird, weil dadurch nur einzelne Handlungen einzelner Personen getroffen werden, nicht aber ausdrücklich der gesamten sozialdemokratischen Agitation als solcher entgegengetreten wird, darf nicht davon abhalten, der Umsturzvorlage zur Annahme zu verhelfen. Mit Recht wird der Hauptwerth derselben in dem vorstehenden Artikel darin gefunden, daß sie die Staatsgewalt endlich wieder zum allgemeinen Bewusstsein bringen will, daß Staat und Gesellschaft sich der Sozialdemokratie gegenüber im Stande der Nothwehr befinden, und daß man sich endlich dazu aufgerafft hat, durch eine staatliche Aktion zu beweisen, man habe mit der Feindschaft des Geistes und Gesellschaftens gebrochen. Angesichts dieser gänzlich verkehrten Feindschaft ist es nicht verwunderlich, daß der Staat seinen unversöhnlichen Feinden wieder das Gefühl seiner Macht beibringt, das seit dem Bestehen des Sozialismus erloschen worden ist, und daß die sozialdemokratischen Bestrebungen nicht mehr als gleichberechtigt mit denen der staatsbehaltenden Parteien, sondern als einseitig betrachtet werden. Die unter allen Umständen beibehalten werden muß, andererseits darf man sich nicht verhehlen, daß in der Umsturzvorlage nur ein sehr bescheidenes Maß dessen gegeben ist, was im Interesse dieser Sache gefordert werden muß, und eben heute, wenn noch diese Vorlage Gesetzkraft erlangt hat, wird man sich der Gefährlichkeit nicht verhehlen dürfen, daß weit durchgreifendere Maßnahmen in Gestalt einer Zwischenschaltung notwendig sein werden, um die revolutionären Tendenzen einzudämmen. Als Fürst Bismarck aus seinem Amte scheidet, muß er der Ueberzeugung sein, daß die Sozialdemokratie nicht nur nicht folgen werden dürfe, sondern noch verdrängt werden müsse. Wir glauben, daß die Zeit kommen wird, wo diese Bismarck'sche Ueberzeugung nicht bloss bei den Regierungen, sondern auch bei allen staatsbehaltenden Parteien die Oberhand gewinnt. Möge es dann nicht zu spät sein!

Der Reichstag hat aber die befürchtete Zufuhr zum Gegenstand seiner sorgfältigsten Prüfung gemacht. Er ist von der Schwere der Folgen der Zufuhr für die deutsche Landwirtschaft vollkommen bewußt und deshalb bereits imstande mit dem vordringlichen Bestreben in Verhandlung getreten über Wege und Mittel zur Abhilfe. Sollten diese Verhandlungen in einer Einigung innerhalb des vordringlichen Zeitraums führen, so würde es in gleicher Weise mit den verhandelten Regierungen sich in Verbindung setzen. Die Frage würde ebenfalls eine vollständige Prüfung und eventuelle Entscheidung finden. Beifall. — Abg. Richter (frei. Volksw.) findet es auffallend, daß der Reichstag im Reichstage mit diesen Punkten, die ihn als Agitation von reinem Wasser charakterisieren, unter dem Großen Capitulat arbeiten können. Es müßte das festgestellt werden, damit nicht etwa bei einem neuen Regierwechsel und wenn ein Kaiser komme, der den Anforderungen der Zeiten nachsehen, dieser Herr keine Rücksicht mehr auf die Landwirtschaft nehmen würde. Alle diese Vorgänge haben eine besondere furchtbare Bedeutung. Wie der Reichstag die Ursache hat in den Jagdgründen von Pöhlitz, so sind diese Interventionen ihre Entstehungsgeschichte in den Jagdgründen des Herrn v. Tische-Pöhlitz. Dort hat man das bekannte Klageblatt angeklagt über die Kolllage der Landwirtschaft, wobei man allerdings den Zusammenhang der Viehdiebstahl nicht erwähnt hat. Sie kommt man möglichst zu dieser Stellung gegenüber der Landwirtschaft? Diese war in Zeiten so groß, daß die anderen Provinzen die Arbeiter, die von den Jagdgründen, entzogen. Die Frage der Landwirtschaft erhebt sich augenblicklich allerdings ungünstig, die Preise sind ungünstig niedrig; aber trotzdem dauert die Spekulation fort. Neue Jagdgründe werden gebaut und zwar in zahlreich, daß die alten Jagdgründen den Waldweidewirtschaften mit Entzogen ihrer Grundstücke gebracht haben, wenn sie für neue Jagdgründe Maschinen liefern. (Hört, hört!) Der Reichstag hat diese Jagdgründe vor eine ganz natürliche Folge der Ueberproduktion und diese wieder die Folge der staatlichen Subvention. Bei der Theorie des Staatseinkommens ist es begreiflich, daß die Sozialdemokraten trübsinnig, denn die Entwicklung, die sie wünschen, könnte gar nicht besser gefördert werden. Was soll uns denn bewegen, die Preise zu erhöhen, was haben wir für ein Interesse daran, daß die Engländer und Amerikaner werden Jäger noch häufig bekommen? Was ist das für eine überbordende Anwesenheit, auf der einen Seite Millionen für die Landwirtschaft auszugeben und auf der anderen Seite die Jagdgründe zu beladen? Tabakfabrik mit neuen Jagden zu erdhitzen. Beifall links. — Staatssekretär Graf Bismarck: Graf Caprivi ist über meine landwirtschaftlichen Ausführungen nie im Zweifel gewesen und namentlich lamme er meine Ansicht über die Jagdgründe und billigt sie. (Hört, hört!) Der Parteiführer Herr Richter werde ich mich nicht nähern, denn ich bin der Ansicht, daß der landwirtschaftliche Erwerb der wichtigste ist, den man nicht vernachlässigen darf, wenn nicht ganz Avocade des vaterländischen Erwerbs bunter werden sollen. Beifall rechts. — Abg. Graf v. Helldorf: Wir wollen der Regierung Zeit lassen, ein wirtschaftliches Programm anzustellen und wir werden dann schon mit Antworten kommen, an denen Herr Richter keine Freude haben soll. (Hört, hört!) Der neue amerikanische Weltmarkt von 40 Prozent hat unsere Arbeit von Jäger nach Amerika schwer gehalten. Die Regierung hat gegen diese Jagdgründe nichts gethan, so hat sich nur gegen die unbedeutenden Jagdgründe erhebt. Die Weltbevölkerung der Erde von 1,20 Mrd. pro Centner Jäger wird die Krebs kann wesentlich mildern. Wollen Sie der Landwirtschaft dauernd helfen, so fordern Sie dafür, daß nicht nur bei den Häuten, sondern auch in anderen landwirtschaftlichen Erwerbszweigen helfen. Beste gefordert werden; denn auch nur dann wird es möglich sein, die Preise, die jetzt droht, von der Landwirtschaft abzuwenden. Beifall rechts. — Staatssekretär Graf v. Helldorf: Wenn der Reichstag des Reichstages wird, als ob der Jagdgründe ist groß und bedeutend wäre. Einmal sei derselbe divergent und habe uns im Gegensatz zu anderen Ländern, zum anderen andererseits er der Reichsbevölkerung. Wir haben diesen den Amerikaner als Grund der bestehenden Verteilung gewahrt und unsere Verhältnisse lösen erfüllt, wir müssen aber verlangen, daß Amerika auch uns gegenüber die Weltbevölkerung erhalte. Wir haben vom ersten Moment des Bekanntwerdens des neuen Internationalen alle möglichen Schritte gethan, auch einen ferneren Schritt bei der Regierung der Vereinigten Staaten eingeleitet, was zur Folge hatte, daß der Präsident in seiner Botschaft die Aufhebung des Soziallogisches empfahl. Die Entscheidung liegt mit bei dem Senat und ich möchte bitten, hier kein Wort zu sprechen, welches aus der Reichs mit der Regierung der Vereinigten Staaten erwidern könnte. — Abg. Graf v. Helldorf: Das ist der notwendige Arbeit könnten die Arbeiterstellen nicht leben, denn sie be mühten sich, an Stelle der Arbeiter Arbeiter in Thätigkeit zu bringen. Die Arbeitsverhältnisse sind die unzulänglichsten, wie bei vielen Millionen Anwendungen an Arbeiterinnen. Die jetzt unternahmer denken nur an hohe Löhne. Statt die Prämien zu gewähren, sollte man darauf Bedacht nehmen, die Kaufkraft der Konsumenten zu heben. Viel besser wären solche Millionen angewendet, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, um den Nachfrager zu befähigen. — Weiterberatung morgen. Ausserdem nicht der Kommissionsbericht betreffs sozialer Verhältnisse, Verdrängt wegen Reichsbevölkerung auf der Tagesordnung. Ein Antrag des Abg. v. Montanelli, die Viehdiebstahl Angelegenheit zuerst auf der Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin, sowie die Kaiserin Friedrich wohnen heute der Gedächtnisfeier für den verstorbenen Professor Schmidt in der Singakademie bei. Die Gedächtnisfeier hielt Geheimrath Dr. v. Beud. — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende kaiserliche Verordnung vom 12. Dezember: Die ganze Verwaltung der Schutzgebiete, einschließlich der Behörden und Beamten, wird der Kolonialverwaltung des Gouverneurs unterstellt, welche die hiesigen bezüglichen Angelegenheiten unter dieser Verwaltung und unter der unmittelbaren Verantwortung des Reichsanzeigers wahrzunehmen hat. Soweit es sich um Beziehungen zu den auswärtigen Staaten und um die allgemeine Politik handelt, bleibt die Kolonialverwaltung dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes unterstellt. — Der Regierungspräsident Steinmann ist heute früh im Alter von 61 Jahren in Gumbinnen verstorben. Er war seit 1885 Landtag und seit 1889 Reichstagsabgeordneter. — Der Reichstagspräsident Herr v. Helldorf ist genöthigt, wegen einer Erkältung das Zimmer zu hüten. Er hat sich dieselbe bei der Reiter der Schlußfeier des Reichstagsgebäudes zugezogen. Sie machte sich im Verlauf seiner beim Eintritt in die Stadtkasse gehaltenen Rede immer mehr geltend, doch ist die beste Aussicht vorhanden, daß der Reichstagspräsident in wenigen Tagen zu weit hergestellt sein wird, daß er wieder ausgehen kann.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. Dezember.

Berlin, Reichstag, 6. Sitzung vom 14. Dezember. Das Haus erörtert das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Steinmann durch Erheben von den Fächern. — Die Anträge wegen Verhinderung der Justizminister wurden der Wechseltagskommission überwiesen. — Abg. Foisie begründet nachstehende Interpellation: Welche Maßnahmen in Bezug auf eine Veränderung des geltenden Indemnitätsgesetzes denken die veränderten Regierungen zu ergreifen, um die Schiedsmänner, welche der deutschen Landwirtschaft und Zuckerindustrie durch die ausländischen Verleumdungen erwachsen, zu befreien? Die Voraussetzungen, die man sich selbst bei Herabsetzung der Ausfuhrprämien geholt habe — daß die auswärtigen Staaten ebenfalls ihre Zuckerindustrie einbüßen würden und daß der Zuckerproduktion eine Einschränkung erlaube werde — seien nicht eingetreffen. Dazu komme nun als besonders scharfer Schlag, daß Nordamerika gerade auf unsere deutschen Zuckerfabriken abgesehen habe; damit sei für uns ein bevorstehender Abnahmestück gegeben, was auch die rübrenreichen Landwirthe schwer treffen. Allein in Südbayern seien etwa 140,000 Arbeiter beschäftigt, abgesehen von den Nebenindustrien (die Zuckerindustrie verbrauche nicht weniger als 6 Mill. Tonnen Kohlen). Es läge sich nicht einlösen, die Zuckerindustrie brauche bloss ihre Produktion vermindern, denn die Vade, die dann entstehen würde, würde sofort durch die ausländische Konkurrenz ausgefüllt werden. — Staatssekretär Graf v. Helldorf: Die Ursache des Niederganges der Zuckerpreise wird gesucht in dem Trude, den der amerikanische Weltmarkt ausübt und in dem Vieles von 1891. Man sagt, das Vieles erfüllt seine Zwecke nicht, indem es nicht die Ueberproduktion und den Bau neuer Fabriken verhindert. Ich kann die Einwände gegen das Gesetz nicht für vollkommen berechtigt ansehen. Das Gesetz von 1891 hat nicht den Rübenbau vermindern wollen, denn der Rübenbau hat in Deutschland die Viehdiebstahl gefördert und somit große agrarische Fortschritte mit sich gebracht. Der Rübenbau ist in der That das Zentrum zur Deutung der deutschen Landwirtschaft. Ich kann dem Herrn Vordränger nicht so amüschlich geben, wenn er sagte, wir hätten vielleicht nicht die Vade Anderen gegenüber aus der Hand geben sollen, wie das durch Herabsetzung der Prämie geschah. Der Rübenbau ist nicht ein Betrieb der Großbauern, sondern der kleinen Leute; deshalb würde eine Aufhebung von vererblichen Folgen nicht nur in kapitalistischem Sinne, sondern gerade für die kleine Landwirtschaft sein. Das Verhältnis zu Amerika ist bis jetzt noch nicht geklärt und auch das Verhältnis der Weltmarktlage noch nicht so klar, um sofort Vorarbeiten zu irgendwelchem gesetzlichen Gedanken zu ver-

Bernhard Weinhart
6 Pragerstrasse 6
Schäfer Anstalt
6 Pragerstrasse 6